

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Dietrich Sperling MdB
kommentiert den Verkauf
der Neuen Heimat: Schiesser
statt DGB.

Seite 1

Peter Kurz MdL wirft der
bayerischen Staatsregierung
vor, die Fürsorgepflicht für
die Gesundheit der Bürger
zu verletzen: Gefahr durch
radioaktives Winterfutter.

Seite 4

Professor Hans-Peter Dürr
warnt vor der Realisierung
des SDI-Projektes: Das Pro-
blem der eigenen Sicherheit
würde unlösbar.

Seite 5

41. Jahrgang / 183

25. September 1986

Schiesser statt DGB

Hat nur der Vermieter gewechselt?

Von Dr. Dietrich Sperling MdB
Obmann der Arbeitsgruppe „3. Untersuchungsausschuß Neue
Heimat“

Der DGB hat die Neue Heimat verkauft. Der Verkauf und seine
Umstände werden mit harten Worten verurteilt. Von Gewerk-
schaftsmitgliedern, von Mietern, von Journalisten, von Mitarbei-
tern der NH, von Politikern. Die Empörung fällt uns allen leicht.

Aber Politiker, die sich empören, müssen auch erklären können,
was geschieht und warum es geschieht. Sie müssen die Folgen der
Ereignisse verantworten. Sie müssen sehen, warum sie oder warum
sie nicht rechtzeitig oder wenigstens verspätet gehandelt haben.
Empörung darf nicht zum Verstecken von Denkfaulheit, Ohnmacht
oder fehlendem Handlungswillen dienen - jedenfalls nicht bei Poli-
tikern.

Die Ereignisse: Seit Jahren verkaufte die NH (also der DGB) Woh-
nungen, die gemeinnützig oder sozial gebundenes Vermögen waren.
Die Verkäufe dienten dem Ausgleich der Bilanzen. Dies war so vor
Einsetzung des Untersuchungsausschusses. Es blieb so nach Ein-
setzung des Untersuchungsausschusses. Es war also sonnenklar:
Ohne Wohnungsverkäufe kam die Neue Heimat nicht mehr über
die Runden.

Spätestens seit Anfang 1986 verhandelte der DGB (über NH und
BGAG) über den Verkauf nicht nur von Wohnungen, sondern gan-
zer NH-Gesellschaften. Die Länder Bayern, Baden-Württemberg,
Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen waren
Gesprächs- und Verhandlungspartner. Der Bundeswohnungsbau-
minister und der Bundeskanzler waren befaßt worden - sie hatten
jede Hilfe abgelehnt.

Die FDP-Fraktion hatte den Bundestag mit Aktuellen Stunden
zur Lage der NH dreimal beschäftigt. Der Bundesfinanzminister
hatte das Wort „Konkurs“ bereits mehrmals in den Mund genom-
men. Die gesamte Presse hatte über schwierige Verhandlungen mit
den Gläubigerbanken und das „Platzen“ von Zusammenkünften
berichtet.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bazug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
by the Federal Republic of
Germany



Es war also sonnenklar: Es gab Handlungsbedarf; seitens des DGB, der Gläubigerbanken und der Politiker. Auf der Ebene der Bundesländer gab es auch Handlungswillen: Nordrhein-Westfalen und Hessen sprachen mit der NH bereits über Preise und hatten Sondergutachten erstellen lassen.

Und verkauft der DGB nicht einfach Wohnungen, nicht nur einzelne Regionalgesellschaften, sondern die gesamte Neue Heimat. Und dieser Verkauf schlägt wie eine Bombe ein. Warum? Was ist so überraschend?

Der Käufer - Herr Schiesser? Für Herrn Lambsdorff wohl, er griff zu geschmacklosen Bezeichnungen für seinen Unternehmerkollegen.

Die Tatsache, daß den „maroden“ Konzern überhaupt jemand kauft? Schließlich muß der neue Eigentümer ja Zinsen und Tilgung für eine zweistellige Milliardensumme aufbringen. (Für Nichtkennner, vor allem Wirtschaftsminister Bangemann: Das sind mindestens neun Nullen hinter einer Zahl.)

Die Umstände - die Heimlichkeit wochenlanger intensiver Verkaufsverhandlungen? Sonst wird doch alles über die NH im Untersuchungsausschuß öffentlich beleuchtet und da konnte solch ein Verkauf heimlich geschehen?

Die Verletzung eigener Maßstäbe durch den DGB? Die Mitarbeiter der NH waren vom Verkauf trotz Mitbestimmung genauso überrumpelt wie sonst jemand.

All das wirkt zusammen bei den Reaktionen der Überraschten. Aber der Verkauf der gesamten Neuen Heimat liegt in der Logik der vorangegangenen Ereignisse. Nur hatte eine solch zwingende Logik niemand ernsthaft erwartet. Der DGB stand an der Wand und half sich aus der von ihm befürchteten Konkursgefahr durch Totalverkauf - und fand einen Käufer.

An die Wand hatten CDU/CSU und FDP den DGB auch stellen wollen. Genauer: An den Pranger. Das ist kein behaglicher Standort. Eigentlich dürfte es nicht überraschen, daß wer dort steht, da wegkommen will. - Gegebenenfalls auch mit untauglichen Mitteln.

Und so hat der DGB wie ein normaler Geschäftsmann gehandelt. Er hat sein Vermögen, die Beiträge seiner Mitglieder und damit auch seine Streikkasse, mit der Nutzung des geltenden Rechts zu schützen versucht. Genau dies wirft man dem DGB nun vor: Gemeinnützige und gemeinwirtschaftliche Prinzipien hatten keine oder nur eine untergeordnete Rolle gespielt.

Aber es war sonnenklar: Der DGB wollte aus der Wohnungswirtschaft raus, auch wenn er moralische Verluste erleiden würde.

Nun zum Verkauf an Herrn Schiesser: Wir kennen ihn nicht, auch nicht die Verträge des DGB mit ihm. Folglich kann man nur die Interessenlage analysieren und ansonsten spekulieren.

Mit Sicherheit aber gehört Herr Schiesser nicht zur Berliner Baumafia, die zur Zeit mit den Namen Anthes, Putsch und Schwanz gerichtsbekannt ist. Mit anderen Worten: Schiesser muß als seriöser gelten, als der gegenwärtige Berliner Dieppen-Senat. Er hat Herrn Schiesser übrigens schon ein Verhandlungsangebot gemacht.

Von seiner Interessenlage her ist Schiesser ein Geschäftsmann, der Geld verdienen und nicht verlieren will. Er ist sicher kein Mäzen der Gemeinnützigkeit. Mit einem gemeinnützigen Unternehmen aber läßt sich kein Geld verdienen. Der Bonner Untersuchungsausschuß versucht gerade herauszufinden, ob es bei der NH Vorgänge gab, bei denen der DGB unter Gesetzesverletzung oder am Gesetz vorbei mehr als die statthaften vier Prozent Verzinsung des Eigenkapitals aus dem gemeinnützigen Unternehmen herausgeholt hat.



Das bedeutet, daß Herr Schiesser Erträge nur herausholen kann, wenn er die NH-Wohnungen ganz oder teilweise aus den gemeinnützigen Bindungen herauslöst. Dies kann über kürzere oder längere Frist geschehen. Aber wenn es nicht geschieht, macht Herr Schiesser keine Gewinne.

Diese Interessenlage führt dazu, daß Politiker zum Schutz der Mieter und Steuerzahler auch dann handeln müssen, wenn sie in Herrn Schiesser einen völlig seriösen und gesetzestreuen Geschäftsmann sehen. Denn gemeinnützige Vermögensmassen, vor allem Wohnungen, dürfen nicht Spekulationsobjekte werden.

Sobald Herr Schiesser den NH-Konzern so behandelt, daß er Verluste aus Vermietung und Verpachtung mit den Erträgen seiner sonstigen Geschäftstätigkeiten und den Erträgen seines bisher unbekanntes Freundeskreises steuerlich wirksam verrechnet, sind die Steuerzahler an der Sanierung des NH-Konzerns beteiligt. Was bisher erklärtes Ziel der Regierungsparteien war: Steuerzahler sollen nicht für die NH in Anspruch genommen werden, tritt dann ein.

Deswegen wird Herrn Schiesser gegenüber getan werden müssen, was die Bundesregierung und ihre Mehrheitsparteien dem DGB verweigert haben. Nämlich die Zusammenarbeit von Eigentümer, Gläubigerbanken und öffentlichen Händen, um sozial gebundene und gemeinnützige Wohnungen vor dem Ausverkauf zu schützen, was Mietern und Steuerzahlern Schaden bringen würde.

Der größte Schaden würde im Konkursfall eintreten. Den kann der neue Eigentümer mit seinem Vermögen nicht abwenden. Aber Banken und öffentliche Hände und viele andere kleine Grundstückseigentümer haben ihn zu fürchten. Banken und öffentliche Hände werden darum zur Konkursvermeidung mehr beitragen müssen als es zuvor bei Beteiligung des DGB der Fall gewesen wäre. Aus Gewerkschaftshaß hat die Bundesregierung rechtzeitiges Handeln versäumt.

Herr Schiesser ist nicht nur Nachfolger des DGB als Eigentümer der Neuen Heimat, tatsächlich ersetzt er nun auch den Kanzler Kohl in der Richtlinienkompetenz für die Wohnungspolitik. Und Wohnungsbauminister Schneider hilft brav dem Deutschen Mieterbund bei der Mieterberatung. Und dies, obwohl FDP und CDU/CSU ein ganz anderes Mieterrecht wollten. So kommt man in verkehrte Verhältnisse.

Wem soll wer nun dankbar sein? Versäumnisse allerseits - einzig nicht bei Herrn Schiesser. Er hat die Gunst der Stunde genutzt. Helfen wir ihm, daß er die zu große Last nicht zu überhöhten Preisen auf die öffentlichen Hände und Steuerzahler überwälzt.

P.S. Am 16. September 1986 gab es eine dpa-Meldung: Nach deren Inhalt erklärte DGB-Vorstandsmitglied Helmut Teitzel: „Wenn Verhandlungslösungen mit den Bundesländern nicht erreichbar sind, sind wir gezwungen, eine marktwirtschaftliche Lösung zu wählen - und das zeichnet sich immer mehr ab.“

Und dazu muß man sagen: Marktwirtschaftliche Lösungen bedeuten beim geltenden Steuerrecht versteckte Subventionen. Die Steuermindereinnahmen der öffentlichen Kassen sind dann der Sanierungsbeitrag der Steuerzahler in unkontrollierbarer Höhe! (-/25.9.1986/vo-he/rs)



Gefahr durch radioaktives Winterfutter

Die bayerische Staatsregierung verletzt die Fürsorgepflicht für die Gesundheit der Bürger

Von Peter Kurz MdL

Die bayerische Staatsregierung handelt verantwortungslos, wenn sie die Gefahren aus radioaktivem Winterfutter verharmlost. Experten erwarten zu Beginn der kalten Jahreszeit wieder deutlich erhöhte Radioaktivitätswerte in den Nahrungsmitteln, weil dann das im Mai hoch strahlenverseuchte Heu verfüttert wird. Aus dieser Tatsache hat die bayerische Staatsregierung die falsche Konsequenz gezogen.

Die sträfliche Fahrlässigkeit der bayerischen Staatsregierung belegt der SPD-Politiker mit unterschiedlichen Empfehlungen aus Bonn und München:

- 0 Die Strahlenschutzkommission hat auf ihrer Sitzung vom 6. Mai 1986 empfohlen, die Wiesen südlich der Donau - wo durch die Niederschläge nach der Atomkatastrophe hohe Radioaktivitätsablagerungen erfolgten - sofort zu mähen und das Gras zu beseitigen. Damit sollte die hohe Strahlenbelastung der Milch auch bei der nächsten Winterfütterung vermieden werden.
- 0 Offenbar hat die bayerische Staatsregierung diese Empfehlung der Strahlenschutzkommission nicht weitergegeben. Vielmehr hat sie - wie zu erfahren war - den Landwirten empfohlen, Heu der verschiedenen Schnitte zu mischen.

Dies ist die Fortsetzung der gefährlichen „Verdünnungsstrategie“, die die Staatsregierung bereits bei der Milch betrieben hat: Anstatt hochverseuchtes Heu zu beseitigen, werden die Werte durch Mischen gedrückt. Damit ist der Anstieg der Strahlung in Milch und Fleisch vorprogrammiert, obwohl gerade dies vermieden hätte werden können und müssen.

In Briefen an die bayerischen Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Inneres habe ich nun gefragt,

- wer Messungen bei Heu des ersten Schnittes vorgenommen hat,
- welche Werte gemessen wurden,
- wann und wo (wenn überhaupt) sie veröffentlicht wurden,
- ob es Grenzwerte für radioaktiv belastetes Heu gibt,
- wer bei einer eventuellen Emschädigung zuständig wäre.

Die Empfehlung, radioaktives Heu unterzumischen, ist mit der staatlichen Fürsorgepflicht für die Gesundheit der Bevölkerung nicht zu vereinbaren. Diese Empfehlung belastet Landwirte und Verbraucher gleichermaßen, schafft unnötige Unsicherheit und stört das Vertrauensverhältnis zwischen Nahrungsmittelherzeuger und -abnehmer.

(-/25.9.1986/vd-he/rs)

* * *



Das Wettrüsten nicht auf den Weltraum ausdehnen

Mit der Realisierung des SDI-Projektes würde das Problem der eigenen Sicherheit unlösbar

Von Professor Hans-Peter Dürr
Direktor am Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik

Einen Krieg durch ständige Androhung wechselseitiger Vernichtung verhindern zu wollen, ist von der Methode her unmenschlich und in seiner Absicht letztlich zum Scheitern verurteilt. Denn ein Verhalten, das gegnerische militärische Bedrohung durch eine verstärkte Gegendrohung abzuschrecken versucht, führt unweigerlich zu einem sich immer weiter beschleunigenden Rüstungswettlauf, der in einer Katastrophe enden muß. Ein Ausweg aus diesem Dilemma könnte darin bestehen, eine Bedrohung künftig auf nicht-offensive Weise mit einem verbesserten Schutz zu parieren.

Präsident Reagans Vision eines undurchlässigen Weltraumschirms zur Abwehr anfliegender feindlicher Interkontinentalraketen zielt in diese Richtung. Seine Strategische Verteidigungsinitiative SDI soll, mit einem Forschungsaufwand von 70 Milliarden Dollar in den nächsten zehn Jahren, dafür die wissenschaftlich-technischen Voraussetzungen schaffen. Diese schöne Vision ist jedoch nach menschlichem Ermessen nicht realisierbar. Ein solcher Schirm müßte nämlich, um ausreichend Schutz bieten zu können, fast hundertprozentig funktionieren. Die Zerstörungskraft von Atomsprengköpfen ist aber so groß, daß noch ein Prozent der heutigen Atomwaffenarsenale die Sprengkraft von über sechzig Zweiten Weltkriegern besitzt - genug, um die menschliche Zivilisation, wie wir sie kennen, zu zerstören.

Ein technisch realistisches Raketenabwehrsystem kann deshalb bestenfalls Raketensilos, aber keine Städte mit ihren Menschen schützen. Um SDI technisch funktionsfähig zu machen, müßten eine große Zahl von Beobachtungs- und Kampfsatelliten im erdnahen Weltraum stationiert werden - ein Unterfangen, das leicht Tausende von Milliarden Mark kosten dürfte. Und dies wäre nicht einmal das Haupthindernis. Satelliten sind äußerst verwundbar. Ein Raketenabwehrsystem benötigt deshalb zu seinem Schutze wieder ein eigenes Abwehrsystem. Insbesondere eignet sich jede Antiraketenwaffe auch - und sogar meist noch besser - als Antisatellitenwaffe. Der defensiv konzipierte Raketenabwehrschirm wird so zum offensiven Satellitenschwert, der den gegnerischen



schen Abwehrschirm zuerschlagen kann. Diese Fähigkeit erhöht die Versuchung, durch einen Überraschungsschlag diesen Vorteil zu nutzen.

Im Gegensatz zur ursprünglichen Absicht würde SDI deshalb zu einer weiteren Destabilisierung des jetzt schon prekären Gleichgewichts des Schreckens führen. SDI ist kein wohl bestimmtes technisches Unternehmen wie etwa das Apolloprojekt der Mondlandung. Der Mond hat nicht zurückgeschossen. Bei SDI wird jede Maßnahme der einen Seite eine sie kompensierende Gegenmaßnahme der anderen Seite auslösen. Der Rüstungswettlauf würde in den Weltraum ausgedehnt und das Problem der eigenen Sicherung immer unlösbarer werden.

Friedenssicherung kann nicht durch technische Kniffe und militärische Mittel bewirkt werden. Nur politische Konzepte können langfristig erfolgreich sein. Um die für politische Lösungen notwendige Zeit zu schaffen, muß der Krisenstabilität höchste Aufmerksamkeit geschenkt werden. Denn ein Atomkrieg droht uns heute weniger durch die selbstmörderische Unvernunft der einen oder anderen Seite, sondern mehr durch die wachsende Wahrscheinlichkeit, daß dieses gigantische und hochexplosive System zweier empfindlich aufeinander bezogener Waffenarsenale durch eine unglückliche Verkettung von technischem und menschlichem Versagen sich von selbst entzündet. SDI würde dieses System noch unberechenbarer und störanfälliger machen.

Lassen wir uns auch nicht weismachen, daß die Bundesrepublik Deutschland, wenn sie sich nicht an SDI beteiligt, den technischen Schnellzug ins 21. Jahrhundert verpassen würde. Wenn man wirklich den für den Menschen wesentlichen zivil-technischen Bereich fördern will, dann ist es doch besser und wirksamer, das Geld und die schöpferischen Kräfte direkt dorthin zu stecken, wo sie gebraucht werden, als diesen Bereich nur indirekt mit Abfallprodukten einer gigantischen Rüstungsmaschine zu versorgen, die dazu noch die gesellschaftlichen Probleme verschärft, die man lösen will. Wir sollten nicht zulassen, daß unsere vitalen Lebensinteressen immer mehr der Technik untergeordnet werden, sondern sollten bewußt anstreben, daß umgekehrt die Technik gezielt zur Lösung der großen und drängenden Herausforderungen unserer Zeit - wie dem Umweltschutz, einer langfristigen sicheren Energieversorgung, den Probleme der Dritten Welt und den Wirtschaftsfragen einschließlich dem Arbeitslosenproblem - entwickelt und genutzt wird.

(-/25.9.1986/vo/-he/rs)

(Dieser Beitrag ist dem „Sozialdemokrat Magazin Bayern“ entommen.)

* * *

